

Resolution „Landkreis finanziell nicht alleine lassen“

Beschlussfassung:

1. Der Kreistag Darmstadt Dieburg fordert die hess. Landesregierung auf, sich mit einer entsprechenden Bundesratsinitiative für Maßnahmen einzusetzen, die die finanziellen Rahmenbedingungen für den Landkreis Darmstadt Dieburg nachhaltig verbessern.

Die Finanzbedingungen zwischen Bund, Ländern, Landkreisen und auch Gemeinden müssen auf solide bürgerfreundliche Grundlagen gestellt werden.

Dazu gehört Erhöhung des Spitzensteuersatzes von derzeit 42 Prozent auf wieder 53 Prozent - Erhöhung der Körperschaftsteuersatzes Erhöhung von 25 % auf 40 % - Rücknahme der völligen Steuerbefreiung für Veräußerungsgewinne bei dem Verkauf der Unternehmensbeteiligungen.

2. Der Kreistag fordert die Einführung der Vermögenssteuer, deren Einnahmen direkt den Kommunen, Landkreisen und Ländern zu gute kommt.

3. Der Kreistag fordert eine Steuerreform, die höhere Einkommen belastet.

4. Der Kreistag fordert von der hess. Landesregierung den Eigenbetrag zur Hessenkasse von jährlich 8.051,3 TE für 2022 zu stunden.

Begründung :

Der Landkreis Darmstadt Dieburg ist für bezahlbaren ÖPNV und bezahlbaren Wohnraum, für bauliche Maßnahmen in der Bildung für die medizinische Versorgung der in öffentlicher Hand befindlichen Kreiskliniken - für die Sozialversorgung in seiner Optionskommune KFB, seinem Amt Soziales und Teilhabe zuständig. Die finanzielle Anforderungen steigen stetig und können auch wegen den Folgen der Corona Krise nicht mehr aus eigener Kraft bewältigt werden.

Trotz eines Haushaltssicherungsgesetz kann ab 2022 der Finanzhaushalt nicht mehr ausgeglichen gestaltet werden und weist einen Minusbetrag von ca 16 Mio aus.

Wenn dem Landkreis Darmstadt Dieburg die Gelder fehlen, müssen Ausgaben reduziert werden. Es droht ein Abbau von Personal, weniger Investitionen in den Nahverkehr, in Energie und Wasserversorgung und in öffentliche Gebäude wie in Schulen.

Unter der schlechten kreisweiten Finanzmisere haben wir alle zu leiden.

Damit der Landkreis seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann, ist diese Resolution ein Baustein.

Um Zustimmung wird gebeten.

Die fraktionslose Linke

Werner Bischoff